



# HESSISCHER LANDTAG






02. 05. 2014

Plenum

## Antrag der Fraktion der SPD

### betreffend Arbeitsplätze der hessischen Kali-Industrie und umweltgerechte Entsorgung der Salzabwässer in Einklang bringen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Hessen ein Industriestandort mit Verantwortung für eine nachhaltige Industriepolitik ist, in dem wirtschaftliche und ökologische Interessen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern zusammengeführt werden müssen. Nur mit einer nachhaltigen industriepolitischen Strategie ist es möglich, langfristig für Innovation, Arbeitsplätze, Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Dies gilt auch für den Kali-Bergbau in Nordosthessen. Die Zukunft des Kali-Bergbaus in Hessen, die Produktion weltweit nachgefragter Düngemittel und der Erhalt Tausender Arbeitsplätze sind ebenso wichtig wie die Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung.
2. Der Landtag begrüßt die Maßnahmen von K+S zur Reduzierung der Salzabwässer. Insbesondere die im März erfolgte offizielle Inbetriebnahme der Anlagen und der Technik der drei Großprojekte des Werra-Maßnahmenpakets ist ein wichtiger Schritt zur Reduzierung der salzhaltigen Abwässer. Allerdings sind diese Maßnahmen noch nicht ausreichend, um mittelfristig die verbindlichen Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen. K+S wird deshalb aufgefordert, zeitnah ein realisierbares Entsorgungskonzept, das die Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie, den politischen Willen in der Region und für die Haldenabwässer die Zeit über die Betriebsphase des Kali-Abbaus hinaus umfasst. 
3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die neue Hessische Landesregierung klar und deutlich die Nordseepipeline als "ökologisch effektivste und nachhaltigste Lösung der Salzabwasserproblematik" (Antwort auf Drs. 19/67) ansieht, und geht davon aus, dass alle Genehmigungsschritte im Zusammenhang mit der Entsorgungsproblematik daran ausgerichtet werden. 
4. Der Landtag teilt die Auffassung der Landesregierung, dass "die Einleitung von Salzabwässern an einer Einleit-Stelle an der Oberweser wegen der erforderlichen Stapelbecken mit erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden wäre. Sie würde darüber hinaus [...] die gesetzten ökologischen Ziele ("guter ökologischer Zustand") verfehlen." (Antwort auf Drs. 19/67). 
5. Der Landtag begrüßt das im Rahmen der Arbeit des runden Tisches in Auftrag gegebene Gutachten an Prof. Dr. H. (Universität Leipzig), mit dessen Hilfe die im Raum stehenden Gutachten von K-UTC und von Prof. Dr. Q. zur technischen Reduzierung der Salzabwässer bis Mitte des Jahres beurteilt werden sollen. Der Landtag begrüßt des Weiteren das vom Bundesumweltministerium angekündigte eigene Gutachten zur technischen Reduzierung der Salzabwässer und erwartet, dass dieses ebenfalls zeitnah vorgelegt werden wird und dabei die Machbarkeit, der Energiebedarf und die Kosten der sogenannten Eindampfung bewertet werden. 
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zusammen mit den potenziellen Anrainerländern und dem Bund Konsens über die Entsorgung der Salzabwässer herzustellen, damit gegenüber K+S kein Zweifel am geeinten politischen Willen aller Beteiligten entstehen kann und das Unternehmen darüber hinaus Planungs- und Investitionssicherheit erhält. 

Wiesbaden, 2. Mai 2014

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**